

Mieter/Haushalt

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **66 (1991)**

Heft 4: **Renovieren, Sanieren**

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Krankenkassenprämien machen krank und kränker

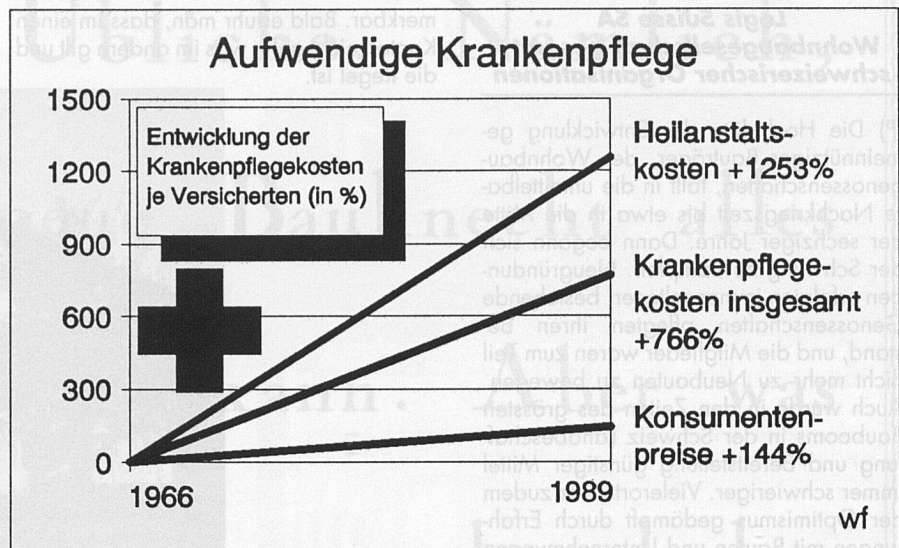
Eben haben wir dreimal leer geschluckt und die höheren Krankenkassenprämien resigniert bezahlt, und schon liegt die «frohe Botschaft» auf dem Tisch, 1992 werde es noch ein bedeutendes Stück mehr in die Höhe gehen. Aus Krankenkassenkreisen werden Zahlen von 15 bis 30 Prozent Prämiensteigerung genannt, die 1992 von den ob solcher Entwicklung schon beim Gedanken an die Krankenkasse krank und kränker werdenden «Patienten» berappen werden müssen. Alle bisherigen Versuche, die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen, schlugen fehl. Und die Aufforderung aus dem Bundeshaus, in der laufenden Vernehmlassung zur Revision der Krankenversicherung doch gefälligst auch Sparvorschläge einzubringen, hilft der vor uns stehenden Entwicklung auch nicht mehr. Die Schuld an den Erhöhungen geben die Krankenkassen den Arzt- und Spalkosten.

Fritz Leuthy, der Fachmann des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), nahm kürzlich zu den angekündigten Prämiensteigerungen Stellung. Der einzelne könne gegen die Erhöhungen kaum etwas tun, sagte Leuthy. Mitbestimmung bei der Prämiengestaltung sei bei uns nicht möglich. Und auch durch Kassenwechsel lasse sich nicht ausweichen, denn Freizügigkeit beim Wechseln von einer Kasse zur andern hätten wir nicht. Leuthy wörtlich: «Ein Wechsel kann folglich teuer zu stehen kommen.»

Für junge Versicherte gebe es zwar die Möglichkeit, in eine Kollektivversicherung einzutreten. Aber das höhle die Gesamtsolidarität aus, und «letztlich werden auch die Kollektivversicherungen kräftig nachziehen müssen». Eine Aussage Leuthys, die darin ihre Bestätigung findet, als die grösste Krankenkasse unseres Landes bereits verlauten liess, nächstes Jahr werde es sowohl in der Einzel- wie in der Kollektivversicherung einen Anstieg «von gegen 20 Prozent» geben.

Rezept Preisüberwachung

Die Prämiensteigerungen spiegeln die steigenden Gesundheitskosten wider, diese aber – so Fritz Leuthy – hätten zum Teil gesellschaftlich nicht zu verändernde Gründe. So wird die Bevölkerung durchschnittlich älter, und heute würden gene-



rell höhere Anforderungen an das Gesundheitswesen gestellt. So bleibe die Frage, ob die Preise, die heute im Gesundheitswesen verlangt werden, zu hoch seien und wie es denn mit den von Medizinalpersonen angeordneten Untersuchungen stehe. Leuthy dazu: «Will man diese Kosten in den Griff bekommen, braucht es eine Preisüberwachung, braucht es eine klare Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der angeordneten Behandlungen. Für so etwas scheint bei uns trotz aller Sparkonferenzen der politische Wille zu fehlen.»

Rezept Solidarität

So kann es nur darum gehen, die Prämiensteigerungen zumindest für alle tragbar zu machen. Wir bezahlen bei uns pro Kopf und Franken. Eine Erhöhung trifft den Kleinverdiener ungemein stärker als den Grossverdiener. Hier müsste –

ähnlich wie bei der AHV – die Solidarität wieder einen Ausgleich schaffen. ■

Was 20 Prozent Erhöhung der Krankenkassenprämien sozial bedeuten können, sei an einem kleinen Beispiel illustriert: Heute beträgt die Prämie für eine Familie mit zwei Kindern im Schnitt 4000 Franken pro Jahr. 20 Prozent Erhöhung machen 800 Franken mehr aus. 4800 Franken Krankenkassenprämie bedeuten aber bei einem Einkommen von 30 000 Franken eine Einkommensschmälerung von sage und schreibe 16 Prozent! Bei 40 000 Einkommen sind es noch 12, bei 80 000 noch 6 und bei 120 000 noch 4 Prozent. Ein Sozialwerk also, bei dem von sozial kaum mehr gesprochen werden kann und bei dem Solidarität ein Fremdwort ist.

Der Bund kurz erklärt

Wieviele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben im Oktober 1991 das Recht, an den Wahlen in die eidgenössischen Räte teilzunehmen? Sie wissen es nicht. Nicht so schlimm. Lassen Sie sich unter Beilage einer adressierten Klebeetikette beim EDMZ, 3000 Bern, die Gratisbroschüre «Der Bund kurz erklärt» kommen. Die 40 Seiten umfassende, in A4-Format gehaltene Broschüre für das Jahr 1991 verrät Ihnen auf Seite 3, wieviele Menschen in unserem Land zum «Souverän» gehören. Dann listet sie die Behör-

den und die Verwaltung auf, zeigt jene Herren (Damen hat es dieses Jahr keine darunter), die zurzeit National- und Ständerat präsidieren, verrät Ihnen die Sitzordnung der beiden Räte, gibt Hinweise, wie Gesetze entstehen, und konterfeit die sieben Bundesräte samt Bundeskanzler. Einige historische Angaben gibt es nachzulesen. Es werden im weiteren die verschiedenen Departemente, die Bundesbetriebe PTT und SBB und die Bundesgerichte samt ihren Aufgaben vorgestellt.

SGB-Pressedienst ■